

Jacques Wallage

Verwirrung im Polder*

Der Polder, der Ort, an dem man nur durch Konsens und Zusammenarbeit trockene Füße behalten kann, ist schon lange keine gängige Metapher für die Niederlande mehr. Dieser Sachverhalt kann anhand verschiedener Punkte belegt werden. In der letzten Zeit ist eine merkwürdige Mischung aus purem Populismus und zunehmender Intoleranz besonders gegenüber unseren islamitischen Landsleuten entstanden. Auffallend ist hierbei, dass unter dem Druck von Extremismus und einzelnen terroristischen Auswüchsen die Bevölkerung ihre Nüchternheit besser zu wahren versteht als die Politik und ein Teil der Meinungsmacher. Die Reform des Versorgungsstaates ist auf eine nahezu unniederländische Weise zum Gegenstand einer ständigen Polarisierung geworden.

Die Parteien, die jahrzehntlang ihren Platz im politischen Spektrum eingenommen hatten, haben inzwischen mit einem Stühlerücken begonnen, dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist. Die Christdemokraten und die Liberalen scheinen sich zu einer langfristigen Zusammenarbeit zusammenschließen; zumindest dann, wenn ihnen dazu durch die Wähler der Raum geboten wird. Damit geben die Christdemokraten ihre Position in der politischen Mitte auf und scheinen auf eben jene Zweiteilung innerhalb der niederländischen Politik hinzusteuern, die sie jahrzehntlang bekämpft haben. Die Sozialdemokraten besetzen inzwischen einen erheblichen Teil dieser politischen Mitte und sind dabei, sich neu zu orientieren. Es gelingt ihnen hierbei erfolgreich, die gesellschaftliche Unzufriedenheit zu bündeln. Unklar ist jedoch noch, in welchem Maße die Sozialdemokraten die Träger der sozialdemokratischen Tradition bleiben werden, oder ob diese Rolle von den Parteien links von der PvdA übernommen wird.

Das Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, eine nüchterne Analyse jener Entwicklungen vorzunehmen, die sich in den vergangenen zehn Jahren in den Niederlanden vollzogen haben. Im Folgenden wird zu diesem Zweck zum einen der Versuch unternommen, ein wenig Struktur in dieses Wirrwarr von Entwicklungen zu bringen. Dabei erfolgt zunächst eine Auseinandersetzung mit der Bedeutung des ersten Kok-Kabinetts. Anschließend wird der in der Folgezeit einsetzende Wandel behandelt, der unter anderem dadurch gekennzeichnet war, dass der Abstand zwischen der Bevölkerung und ‚Den Haag‘ zur Zeit des zweiten Kabinetts von Wim Kok zunahm. Im Anschluss soll das Phänomen Fortuyn und seine Bedeutung untersucht werden. Dabei

* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

wird auch die Mitverantwortung der Sozialdemokratie am Entstehen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit thematisiert. Abschließend soll eine Linie in die mehr oder weniger chaotische Situation, die in den letzten Jahren in der niederländischen Politik entstanden ist, gebracht werden. Hierbei wird auch der ein oder andere Rat gegeben, wie vor dem Hintergrund der vorhandenen Situation Verbesserungen hinsichtlich der politischen Führung realisiert werden können.

Vor dem Wind - ein tückischer Kurs

Vor etwa zehn Jahren bekamen die Niederlande ein neues Kabinett, eine ‚violette Koalition‘ aus Sozialdemokraten und zwei liberalen Parteien mit Wim Kok als Ministerpräsidenten. In der Politik herrschte in Anbetracht der neuen Machtkonstellation eine erwartungsvolle Spannung. Erstmals seit siebenzig Jahren saßen keine Christdemokraten in der Regierung. Eine Kernfrage lautete, ob es dem Kabinett Kok trotz dieses Bruches in der Kontinuität der niederländischen Politik wirklich möglich war, das Land zu regieren. Vielleicht noch wichtiger war folgende Fragestellung: sind solch traditionelle Gegner wie Sozialdemokraten und Liberale in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden, oder wird diese Kooperation rasch an den internen Spannungen zugrunde gehen?

Das Prickeln, das Politik, Medien und interessierte Bürger fühlten, ist heute kaum noch vorstellbar. Die violette Koalition ist in den Niederlanden inzwischen zu einem Wegwerfartikel geworden. Vielleicht auch, weil in den letzten zehn Jahren das Haltbarkeitsdatum aller Politiker und der meisten politischen Ideen stark begrenzt zu sein scheint. Das einzig Aufmunternde, das man hierüber noch sagen kann, ist, dass in dieser Instabilität die positive Spannung ebenso schnell zurückkehren kann, wie sie verschwunden ist.

Die neue Koalition bekam erstaunlich schnell festen Boden unter den Füßen. Allerdings muss man ehrlicherweise feststellen, dass sie von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitierte. Diese versetzte die beteiligten Parteien in die Lage, bei fast allen ihren Wünschen zum Zuge zu kommen, wodurch das schmerzhafteste Treffen einer Auswahl zwischen diesen Wünschen zumeist nicht notwendig war. So bekamen die Liberalen ihre Steuererleichterungen und die Sozialdemokraten ihre Investitionen im öffentlichen Sektor. Die Sozialliberalen konnten sich wiederum vor allem mit den immateriellen Reformen identifizieren.

Die politische Debatte wurde in den ersten Jahren der Regierung Kok nicht unter den Teppich gekehrt – es kam zwischen Sozialdemokraten und Liberalen in der Zweiten Kammer oft zu scharfen Debatten. Inhaltlich ging es dabei nicht nur um die Themen Migration oder Asyl, sondern auch um die Euroskepsis der VVD, die der konstruktiven Art und Weise, in der Außenminister Hans van Mierlo versuchte, die Niederlande zu einer bindenden Kraft in Europa zu machen, diametral gegenüberstand.

Als die ersten immateriellen Vorschläge zum Gegenstand der Debatten wurden, herrschte zunächst einmal Ungläubigkeit. Sollte diese Koalition wirklich stark genug sein, das Recht auf eine Eheschließung unter Menschen des

gleichen Geschlechts gesetzlich zu verankern? Während das Regierungsprogramm sich zu diesem Thema nicht klar äußerte, thematisierte die Koalition die Frage in einem ernsthaften Dialog. Ein weiteres wichtiges Thema war das der Sterbehilfe. Sollen Menschen das Recht haben, selbst über das Ende ihres Lebens zu bestimmen, wenn dadurch ein sinnloses Leiden beendet werden kann? Für die Verabschiedung eines Gesetzes zu diesem Thema suchte man sorgfältig nach einer Basis in der Gesellschaft. Was vielleicht an jenen Jahren am meisten auffällt, ist die Tatsache, wie ruhig und selbstbewusst die Koalition eine Reihe immaterieller Probleme regeln konnte. In der Rückschau betrachtet, förderte dieses Vorbild an politischer Reife in großen Teilen der Bevölkerung die Erkenntnis, dass die Dominanz der Christdemokraten nicht mehr als repräsentativ für die moderne Gesellschaft betrachtet werden konnte.

Jeder Segler weiß, dass das Segeln vor dem Wind weniger einfach ist, als es das Sprichwort vermuten lässt. Wer mit dem Wind segelt, muss besonders gut aufpassen, dass er nicht durch kleine Änderungen der Windrichtung überrascht wird. Aus heutiger Sicht ist zu konstatieren, dass vor allem die Sozialdemokraten bei mindestens zwei Themen die neuen Fakten nur unzureichend zur Kenntnis nahmen. Es handelte sich bei diesen Themen erstens um den unterschweligen Widerstand, der gegen die Isolation entstand, in der viele Migranten weiterhin lebten. Zweitens wurde die Kritik an der zunehmenden Abhängigkeit, die die Menschen gegenüber einem in ihren Augen nicht funktionierenden öffentlichen Sektor empfanden, nicht intensiv genug berücksichtigt. Auf beide Probleme, die gesellschaftliche Integration der Migranten und das Funktionieren des öffentlichen Sektors, soll im Folgenden eingegangen werden.

Der Themenbereich Migration und Integration

Migration wurde von den Sozialdemokraten – aus gutem Grund – in erster Linie als ein soziales Problem gesehen: Partizipation, (Aus-)Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und bezahlbare Wohnungen waren für sie einige der zentralen Themen. Der Grundgedanke bestand darin, dass es für die Migranten keine Chance auf Emanzipation – also auf vollwertige Bürgerrechte – gibt, wenn die Entwicklung auf diesen Gebieten stark zurückbleibt.

Soweit es um die kulturellen Dimensionen des Themenfeldes ging, beschränkten diese sich auf die Vorstellung, dass eine Integration bei gleichzeitiger Beibehaltung der eigenen Identität möglich sein müsse. Hierbei handelt es sich um einen Standpunkt, der auch heute noch mit Nachdruck zu vertreten ist. Die politischen Konzepte der Sozialdemokraten deckten sich jedoch immer weniger mit der Realität, wie sie von den Bürgern auf der Straße, im Stadtviertel und vor der Haustür erfahren wurde. Viele Autochthone, und gewiss nicht nur diejenigen, die in den ärmsten Vierteln lebten, begannen, sich im eigenen Land weniger zu Hause zu fühlen. Dieses Gefühl, zu Hause zu sein und doch ein bisschen heimatlos, hat sicherlich zu dem politischen Raum beigetragen, in dem Pim Fortuyn seine politische Kraft entwickeln konnte.

Für die Kluft zwischen den Vorstellungen der Sozialdemokratie und den Haltungen in der Bevölkerung sind die Sozialdemokraten sicherlich mitverantwortlich. Es gibt jedoch sehr wohl auch eine weitere Erklärung. In jenen Jahren kamen in verschiedenen Ländern nationalistische, mehr oder weniger extrem rechte Parteien auf. In ganz Europa drohte ein Rechtsruck: Vlaams Blok in Flandern, Haider in Österreich, le Pen in Frankreich. Indem die Sozialdemokraten in den Niederlanden an gesellschaftliche Probleme weiterhin systematisch mit Begriffen wie Emanzipation und Gleichberechtigung herangingen, wollte man verhindern, dass die PvdA in eine Migrationspolitik abrutschen könnte, die lediglich den Migranten Anpassung abverlangte, statt die gesamte Gesellschaft hinsichtlich der dauerhaften Anwesenheit der Migranten und ihrer Kinder in die Verantwortung zu nehmen. Das wäre eine Sozialdemokratie gewesen, die sich an der Trennung zwischen Einheimischen und Migranten beteiligt hätte.

Eine unerwünschte Folge der Haltungen der PvdA bestand darin, dass es zu sehr anderen überlassen wurde auszudrücken, unter welchem Druck das Thema Migration geraten war. Es handelte sich um einen Druck, der aus den legitimen Sorgen der autochthonen Niederländer heraus entstand. Ohne dass dies den Sozialdemokraten wirklich bewusst war, änderte sich die politische Tagesordnung. Im Mittelpunkt stand nicht mehr der Mangel an einer Zukunftsperspektive für die Migranten und ihre Kinder, sondern die Tatsache, dass viele Autochthone die große Pluriformität als eine Bedrohung für die Niederlande – so wie sie sie kannten – erlebten. Das Festhalten der Sozialdemokraten an der eigenen Tagesordnung, nämlich der Verbesserung des Schicksals von Migranten als neue Phase eines klassischen Emanzipationsstrebens, wurde offensichtlich von vielen Menschen als Versuch wahrgenommen, die ‚echten Probleme‘ nicht anzupacken. Das Paradoxon lautet also, dass den Linken gerade dadurch, dass sie die gesellschaftliche Realität ausschließlich durch das Paradigma der Gleichberechtigung betrachteten, ein entscheidender Teil dieser Realität entgangen ist. Mehr noch, es entstand auf der rechten Seite Raum, die Unlustgefühle über die unvollständige, oder – wie manche sagen – ‚misslungene‘ Integration zu politisieren.

Der öffentliche Sektor

Im öffentlichen Sektor hat die kritische Auseinandersetzung mit der Tagesordnung in ähnlich unzureichender Weise stattgefunden. Während es auf einer Reihe von Gebieten zu großen öffentlichen Investitionen kam – nie zuvor ist mehr in das Gesundheitswesen, die Bildung und den öffentlichen Verkehr investiert worden –, erkannte man besonders in der Zeit des zweiten violetten Kabinetts nicht im ausreichenden Maße, wie dringend der öffentliche Sektor selbst eine Erneuerung benötigte. In der Rückschau betrachtet, lag der Schwerpunkt zu sehr auf dem Volumen und zu wenig auf der tatsächlichen Dienstleistung. Der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit lag – beispielsweise im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen – zu sehr auf strukturellen und finanziellen Aspekten und zu wenig auf der tatsächlichen Situation am Arbeitsplatz.

Auf politischer Ebene wusste man beispielsweise, dass die niederländische Eisenbahngesellschaft in den kommenden Jahren viele neue Züge bekommen würde. Diese waren ja schließlich bestellt. Auf den Bahnsteigen warteten derweil die Bürger machtlos auf die verspäteten Züge. Es wurden große Beträge für den Abbau der Wartelisten im Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt, aber das konnte den Zorn über die Tatsache, dass man in einem reichen Land nicht sofort Hilfe bekam, nicht mindern.

Auch im Bildungswesen wurde die Geduld von Lehrenden und Eltern einer harten Probe unterzogen. Seit mehreren Jahren arbeitete man an einem Konzept für eine autonome Schule: im Elementarunterricht sollten den Schulen sowohl die Budgets für Gehälter als auch die für Sachausgaben global zur Verfügung gestellt werden. Für den Sekundarbereich sollte eine Pauschalfinanzierung eingeführt werden. Die gesamte Struktur des Schulsystems wurde dezentralisiert und vom Staat auf die Gemeinden und Städte verlagert. Nie zuvor entschied man sich im Bildungsministerium so grundsätzlich für einen Freiraum für die Schule und für eine eigene bildungswissenschaftliche Entwicklung in einem nationalen Kontext, der bewusst offen gehalten wurde. Diese Veränderungen waren jedoch noch nicht im ausreichenden Maße an den Schulen spürbar oder – schlimmer noch – sie liefen sich durch die Bürokratisierung auf Schul- oder Schulverwaltungsebene fest. Während in Den Haag der Wechsel von einer top-down-Politik zu einer Politik des Freiraumes für die autonome Schule längst vollzogen war, revoltierten die Bürger gegen den Zentralismus aus Zoetermeer, der Schlafstadt von Den Haag, in der sich das Bildungsministerium damals befand.

Mit dem heutigen Wissen kann man feststellen, dass die Richtung, in der die nationale Politik arbeitete, auf dem Papier zu dem zu passen schien, was die Bürger wollten. Dies wurde jedoch auf den Bahnsteigen, in den Krankenhäusern und in den Schulen nicht so wahrgenommen. Sicherlich ebenso bedeutsam ist die Tatsache, dass die Reform des öffentlichen Sektors in unzureichender Weise als notwendige politische Aufgabenstellung erkannt und in Angriff genommen wurde. Dies begünstigte eine Bewegung, die die Illusion nährte, Markt und Individuum könnten alles besser regeln als der Staat. Dass diese immer stärker werdende politische Unterströmung in der öffentlichen Meinung nicht wahrgenommen wurde, ist auch deshalb bemerkenswert, weil der damalige sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Wim Meijer bereits in den achtziger Jahren in einer beeindruckenden Argumentation vor der anonymisierenden Wirkung öffentlicher Einrichtungen warnte, die von den Menschen selbst nicht mehr als die ihren erlebt werden. Als Ad Melkert in Fortsetzung dieser Tradition im Jahr 2002 die Reform Den Haags und des öffentlichen Sektors in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellte, war es tatsächlich schon zu spät: die PvdA war in den Augen vieler Menschen identisch mit einer Art zu regieren, die zu wenig auf das einging, was die Menschen wirklich von ihren politischen Führern erwarteten.

Die Wahlen im Jahr 1998 ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: die violette Koalition konnte und durfte nach dem Willen des Wählers weitermachen. Ein Problem der in ihrer Arbeit bestätigten Regierung bestand rasch darin, einen ideologischen Neuanfang zu finden. Die entsprechenden Bemühungen gingen als ‚die Suche nach einem Motto für Violett II‘ in die

Annalen ein. Tatsächlich aber ging es um mehr als nur um ein Motto. Es ging darum, die *raison d'être* des neuen Kabinetts überzeugend darzustellen. Hatte 1994 der Kern des Abenteurers noch darin bestanden, ohne Christdemokraten regieren zu können, so hätte vier Jahre später eine offene Analyse des Zustandes des Landes die Basis für zusammenhängend formulierte Ambitionen bilden müssen. Dem zweiten Koalitionsabkommen fehlte darüber hinaus die Spannung, es strahlte eine deutliche Aura des *business as usual* aus.

Der Einfluss der weiterbestehenden Koalition auf die gesellschaftliche Debatte blieb in der Folgezeit beschränkt: die scharfen Auseinandersetzungen zwischen VVD und PvdA, die es zu Zeiten der ersten violetten Koalition gegeben hatte, blieben aus. Das gemeinsame Managen der Koalition rückte stärker in den Mittelpunkt. Viele – und an erster Stelle die Medien – begannen, sich über eine gewisse Seichtheit zu ärgern. Es kam hinsichtlich des Regierungshandelns das Bild einer alles erstickenden Decke auf, auch gerade deshalb, weil die Stärke des Ministerpräsidenten eher darin bestand, Konflikte ordentlich einer Lösung zuzuführen, als diese in der Öffentlichkeit auszufechten. So wurde die violette Koalition auch ein bisschen zum Opfer der Tatsache, dass das gemeinsame Regieren dreier Partner immer besser funktionierte.

Diese letztgenannte Erfahrung – und dies nur nebenbei – enthält auch einen deutlichen Fingerzeig für die in Deutschland angetretene große Koalition. An erster Stelle steht für die Bürger die Lösung der vorhandenen Probleme. Zu diesem Zweck kann in einem Kabinett jeder Kompromiss geschlossen werden, der für den jeweiligen Sachverhalt notwendig ist. Man sollte den Fraktionen jedoch Raum für die Austragung ideologischer Debatten lassen. Kommunikation ist zu einem zentralen Bestandteil der Politik geworden. Man darf die politischen Diskussionen nicht in die Beschlussfassung innerhalb des Kabinetts einsperren. Und um es mit Moses zu halten: *Man kommt nicht durch die Wüste, ohne ein Bild des gelobten Landes zu haben.*

Der Aufstand der Außenstehenden

Der Wahlkampf des Jahres 2002 ist durch den Aufstieg und gewaltsamen Untergang des Pim Fortuyn geprägt. Schon in den Niederlanden zeigen sich bei der Deutung dieses Phänomens und der politischen Entwicklung nach dem Mord große innere Gegensätze. Es ist somit auch nicht verwunderlich, dass man sich im Ausland von dem Geschehen bisher kaum ein zusammenhängendes Bild machen konnte.

Pim Fortuyn war gewiss eine paradoxe Figur. In verschiedenerlei Hinsicht war er progressiv, aber zweifellos verlieh er auch einem Hang nach ‚früher‘ Ausdruck, nach der Welt der sozialen Kontrolle, des Monokulturalismus und damit nach jener Zeit, in der die Welt noch übersichtlich war und in der Migranten noch Gastarbeiter waren, die wieder in die Heimat zurückkehren würden. Er hatte wie kein anderer ein Gespür dafür, dass in den Niederlanden die Zeit reif für eine neue Balance zwischen der repräsentativen Demokratie und direkteren Formen der Bürgerbeteiligung war. Die Politik war zu sehr zu einer Sache des Staates geworden und zu wenig eine Angelegenheit

der Bürger. Offensichtlich war ein Outsider notwendig, um diese unterschwellige Strömung zu bündeln und sichtbar zu machen.

Ein Outsider war Pim Fortuyn sicherlich. Seine eigene Suche nach einer politischen Heimat hat etwas Tragisches. Intelligent, frech, aber sehr empfindlich gegenüber Kritik, hat er seit den sechziger Jahren versucht, sich in einer Partei zu Hause zu fühlen – wahrscheinlich auch damals schon in der Absicht, die Politik zu seinem Beruf zu machen. Er war in den siebziger Jahren in Groningen als junger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der dortigen Universität beschäftigt. Zu dieser Zeit gab er den Versuch auf, von den Kommunisten akzeptiert zu werden, und wurde PvdA-Mitglied. Er schrieb sofort eine flammende Kritik an der Entwicklung der Sozialdemokratie. Dieses Büchlein wollte er – ganz wie es zu ihm passte – dem PvdA-Chef Joop den Uyl selbst überreichen, womit dieser auch einverstanden war. Den Uyls kurze Analyse nach Entgegennahme des Buches in Groningen war nicht ohne Ironie: „Manche verbringen ihr ganzes Leben in unserer Partei um zu erkennen, welchen Weg die Sozialdemokratie einschlagen soll, Pim Fortuyn hat das nach einigen Monaten der Mitgliedschaft bereits herausgefunden...“ Der Autor stand strahlend daneben.

Fortuyns Suche nach einer politischen Heimat scheiterte immer wieder aufs Neue. Entweder war sein Talent zu groß für die mittelmäßige Gruppe, in der er Zuflucht suchte, oder es mangelte ihm an den grundlegenden Fähigkeiten zur Zusammenarbeit. In der Konsequenz durchlief er das gesamte Spektrum von der äußersten Linken bis zum Ausspielen von Themen, die bis vor kurzem der extrem Rechten vorbehalten gewesen waren. Fortuyn bündelte die gesellschaftliche Unzufriedenheit über die Migranten und den Islam. Dies tat er unter anderem dadurch, dass er den Islam als „rückständige Kultur“ bezeichnete. Die Niederlande vollzogen um den Jahrtausendwechsel unter seiner Führung faktisch den Wandel von einem behutsamen, bedächtigen Land zu einer groben Gesellschaft, in der Anlässe zur Unzufriedenheit deutlich beim Namen genannt werden. Fortuyn selbst agierte dabei oftmals provokativ, wobei er seine Stellung als Underdog, die er anfangs innehatte, geschickt ausnutzte.

Die Revolte, der Pim Fortuyn eine Stimme gab, richtete sich nicht nur gegen die Art und Weise, in der die Kernaufgaben des Staates – die Sorge für Sicherheit, Gesundheit und Bildung – ausgeübt wurden. Sie war auch ein Aufstand der Außenstehenden gegen das politische und behördliche Establishment. In dieser Hinsicht kann man von einem Wiederaufleben des Jahres 1968 sprechen. Der zentrale Unterschied ist darin zu sehen, dass sich die damalige Revolte letztendlich stark auf die Universitäten konzentrierte, während nun eine viel breitere und bis zu diesem Augenblick undenkbbare Allianz sichtbar wurde. Sie umfasste Bewohner der alten und heruntergekommenen Viertel in den Großstädten, krank geworden von der ständigen Belästigung durch Kriminalität, aber auch Bewohner von Schlafstädten mit weißer Bevölkerung, die befürchteten, dass sich auch ihre Umgebung tiefgreifend verändern werde. In ihr fanden sich gewiefte Immobilienmakler, die der staatlichen Restriktionen überdrüssig waren, ebenso wieder wie aktive Anwälte und medizinische Spezialisten, die sich von der Bürokratie eingeengt fühlten. Sie alle hofften, Den Haag und den etablierten Parteien ihre Botschaft einzublauen,

indem sie ‚Pimmetje‘ ihre Stimme gaben. Sie unterstützten ein Medienphänomen, faktisch parteilos, das die Mängel eines wankenden Systems offen beim Namen nannte. Fortuyn tat dies auf sicherlich infame Weise aber auch mit Humor. Er äußerte sich ernsthaft aber mit ausreichendem Unterhaltungswert, um Abstand vom Rest der Politik zu halten, der damit auf einen Schlag müde und veraltet wirkte.

Der feige Mord, dem Fortuyn zum Opfer fiel, hat ihn seiner legitimen Chance beraubt, zu zeigen, dass er das gesammelte Vertrauen in die sogenannte ‚neue Politik‘ umsetzen konnte. Dort, wo der normale demokratische Prozess den Sieger dazu zwingt, in der Praxis zu zeigen, was er wert ist, hat der Mörder Fortuyn diese Chance vorenthalten. Die politischen Nachkömmlinge Fortuyns erwiesen sich in der Folgezeit als nicht ausreichend dazu fähig, die neue Politik zu einer maßgeblichen Alternative für die festgefahrenen Verhältnisse in Den Haag zu machen.

Das Aufkommen und der anschließende Ansehensverlust der LPF haben den schon seit längerem existierenden Prozess des Abbröckelns der sogenannten ‚eisernen Reserve‘ der meisten politischen Parteien weiter vorangetrieben. Es handelt sich um einen Prozess, dessen Ende vorläufig noch nicht abzusehen ist. Die Entwicklung – und dies ist nochmals nachdrücklich zu betonen – hat gewiss nicht erst mit Fortuyn eingesetzt. Bereits 1992 schnitten die Niederlande hinsichtlich des Organisationsgrades der politischen Parteien im europäischen Vergleich mit einem Anteilswert von 2,8 Prozent am schlechtesten ab. Bei den Parlamentswahlen 1994 stimmte die Hälfte der Wähler für eine andere Partei als vier Jahre zuvor. Durch die Emanzipation der Bürger, den im Durchschnitt höheren Bildungsgrad, die Individualisierung – welches Etikett man auch darauf kleben möchte – gewann schon seit längerem ein Prozess an Bedeutung, bei dem die Dynamik unter den Wählern immer schlechter innerhalb der bestehenden Parteienstruktur und der üblichen politischen Arbeitsweise aufgefangen werden konnte. In dieser Situation, in der alles im Fluss ist, passen sich die meisten politischen Parteien ungeniert der Entideologisierung an. Dass der Populismus per definitionem Lösungen anbietet, die es nicht gibt, hält die Chefs der etablierten Parteien nicht von einem heftigen Flirt mit einem Politikstil ab, der letztendlich die Durchführung ihres eigenen Programms unterwandern kann.

Wenn sich die Öffentlichkeit über die hohen Gehälter der Führungsspitzen in den privatisierten Energieunternehmen aufregt, dann schlagen auch in Den Haag die Wogen hoch. Stellt sich heraus, dass die Angehörigen der Geschäftsleitung großer Krankenhäuser mehr verdienen als der Ministerpräsident, dann wagt kaum ein Politiker, dieses Thema unter einem auch nur leicht veränderten Blickwinkel zu betrachten. Entkommt ein Straftäter aus der Sicherheitsverwahrung und begeht anschließend einen scheußlichen Mord, dann wagt so gut wie niemand, unter diesen Umständen für die notwendige Resozialisierung von ehemaligen Straftätern zu plädieren. Und auch wenn die Niederlande inzwischen die strengsten Einreiseregulungen für Asylsuchende in ganz Europa haben, versuchen manche Politiker immer noch in erster Linie, sich gegenseitig in der Demonstration ihrer Strenge zu übertreffen.

Zu effektiven Regelungen führt dies alles in den seltensten Fällen, und es kommt fast nie vor, dass emotional besetzte Fragen zur Beschlussreife gelan-

gen. Das Bewahren der dafür notwendigen ruhigen inneren Festigkeit passt nicht zu dem Zustand der Aufgeregtheit, in dem die Bevölkerung Medien und Politik angeblich am liebsten sieht. Wut ersetzt Führung, Empörung ersetzt Entscheidungen.

Auch wenn diese Debatten nicht einer gewissen politischen Folklore entbehren, wiegt der Mangel an politischer Führerschaft doch schwerer, wenn es um die schwindende Popularität Europas geht. Während sich die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments mit großer Mehrheit positiv zur Inangriffnahme einer europäischen Verfassung geäußert hatte, fällt die Bevölkerung per Referendum ein vernichtendes Urteil. Während die Zukunft unserer Länder unwiderruflich miteinander verbunden ist, zeigt sich ein echtes Legitimationsproblem. Von einer innerlich getragenen Überzeugung der führenden Politiker war wenig zu spüren. Wenn Europa so wenige wirkliche Freunde hat, warum sollte die Bevölkerung dann ‚dafür‘ stimmen?

Wahlen, Referenden, Meinungsumfragen und – nicht zu vergessen – Fernsehmagazine sind Teil eines bedenklichen Rituals geworden: sie sind das moderne Äquivalent der öffentlichen Hinrichtung im Herzen der mittelalterlichen Stadt. Beides trägt nicht zur Lösung wirklicher Probleme bei, aber es erleichtert zumindest vorübergehend die offensichtlich angestauten Emotionen.

Die Niederlande auf der Suche nach Stabilität und einer Perspektive

Dort, wo es eine der Kernaufgaben der Politik ist, Stabilität und eine Perspektive zu bieten, ist man in den Niederlanden in eine Phase geraten, in der die Politik selbst zu einem wichtigen Instabilitätsfaktor geworden ist. Dabei stünde eine gewisse Fähigkeit zur Selbstreinigung auch den Medien nicht schlecht zu Gesicht. Ein Teil der niederländischen Meinungsmacher lebt sich nach den Anschlägen in New York, Madrid und London sowie dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh in einer Form der Islamkritik aus, die unzählige friedliebende Islamiten, die mit Terror und Fundamentalismus nicht zu tun haben wollen, systematisch beleidigt. Das verbessert – milde ausgedrückt – die Chancen für Stabilität nicht. Die niederländische Meinungsfreiheit bietet den Raum für dieses ‚Islam-bashing‘. Das heißt aber nicht, dass eine dermaßen provokativ geführte Debatte vernünftig ist. Denn inzwischen steht folgendes fest: die unaufhörlichen Angriffe auf den Glauben von Hunderttausenden von Muslimen haben die fundamentalen Freiheiten, auf die sie sich berufen können, wie die Religionsfreiheit und die Schulfreiheit, unter Druck gesetzt.

Regelmäßige Beobachter des deutschen Fernsehens können feststellen, wie viel widerstandsfähiger sich die deutsche Demokratie gegen große Erschütterungen zeigt. In den Niederlanden ist inzwischen ein Stadium erreicht worden, in dem nicht in den Medien sichtbar wird, was in der Politik geschieht, sondern in dem das, was in den Medien passiert, zur Politik geworden ist. Die politische Debatte in Deutschland hat – so wichtig die Medien in der Bundesrepublik auch sind – eine eigene Dynamik bewahrt. Die großen, regelmäßigen Gesprächsrunden mit führenden Politikern zeigen Moderato-

ren, die tatsächlich das Gespräch ermöglichen. In den Niederlanden sind seit Fortuyn die meisten Journalisten vor allem an der Produktion von Nachrichten interessiert und nicht so sehr an deren Analyse. Das ernsthafte Gespräch, für das dann auch genügend Sendezeit eingeplant werden muss, ist daher leider die Ausnahme. Den einzigen Anlass zur Hoffnung bietet in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sich eine immer breitere Öffentlichkeit über diese Arbeitsauffassung der Medien ärgert. Hier kündigen sich womöglich neue Perspektiven an.

Politik und Medien sind nicht der verlängerte Arm einer schwankenden öffentlichen Meinung, sie haben in einer Demokratie eine eigene, professionelle Verantwortung. Nun drohen Zuschauerzahlen in den Medien das zu verursachen, was Meinungsumfrageergebnisse in der Politik anrichten. Marktverhältnisse drohen Argumente zu ersetzen. Der Versuch des in den Niederlanden zur Zeit amtierenden Kabinetts, den öffentlichen Rundfunk zu begrenzen, ist als ein Ende dieser Entwicklung anzusehen: was sich auf dem Markt nicht beweist, hat kein Existenzrecht. Dies mag jedoch auch eine allzu politische Deutung dessen sein, was sich in der letzten Zeit in den Niederlanden ereignet hat.

In den vergangenen Jahrzehnten ist in ganz Westeuropa das Vertrauen in die Regierenden zurückgegangen. Diese Entwicklung vollzog sich weitgehend unabhängig von der politischen Couleur oder der politischen Arbeit der jeweiligen Regierungen. Dass in den Niederlanden nur noch 21 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die regierende Koalition hat, ist also kein Einzelphänomen. Es drängt sich die Frage auf, ob sich der emanzipierte Bürger nicht in erster Linie selbst regieren will. Eine gewisse Doppelmoral kann ihm in unseren Ländern jedenfalls nicht abgesprochen werden. Er reserviert den maximalen Raum für eigene Abwägungen, läßt aber das, was er nicht selbst entscheiden kann, ungeniert im öffentlichen Raum ab. Er will keine Bevormundung, keine Bürokratie, wohl aber Sicherheit und Schutz gegen Kräfte, die er selbst nicht beherrschen kann. Wenn es um Wirtschaftswachstum geht, kassiert er den Zugewinn offener Grenzen – eine einzige Währung, ein gemeinsamer Markt – gerne ein, aber die Regierung soll den niederländischen Arbeiter vor den polnischen Arbeitern, die bezahlbare und fachmännische Arbeit liefern, per Gesetz schützen.

Der niederländische Bürger hat einen niedrigen Siedepunkt und daher kocht er rasch über. Polizisten haben zwar große Mühe, auf der Straße ihre Autorität zu wahren, aber im Allgemeinen spricht sich der Bürger in Umfragen für die Bewahrung von Werten und Normen aus.

Zwischen Individualisierung und offenen Grenzen, zwischen der Wahlfreiheit als Konsument und der Begrenzung, die von bürokratischen Beschränkungen ausgeht, vermisst der Bürger zunehmend ein Gefühl für die Richtung. Diese Richtung, das ist vielleicht das Paradoxe am Verhältnis zwischen Bürgern und Politik, kann sich der Bürger nicht selbst geben. Wo man sich der Grenze der individuellen Verantwortung annähert, erwartet man doch vom Kollektiv eine Richtung und Deutung. Und die Politik, deren Kernaufgabe es nun gerade ist, für diese Richtung zu werben, erklärende Rahmen anzubieten, durch die die Gesellschaft mehr wird als lediglich eine Anzahl unabhängiger Individuen, diese Politik hat sich in den Niederlanden

nach Fortuyn immer mehr zu einem Sprachrohr wechselnder Meinungen gemacht.

Diese Sprachrohrfunktion anstelle der Erstellung eines Rahmens, der sich an Prinzipien ausrichtet, beruht zum größten Teil auf einer falschen Interpretation des Erfolges von Fortuyn. Er hat, so wird behauptet, auf eine befreiende Weise das gesagt, was die Bürger dachten. Das mag so sein, aber die befreiende Wirkung seines Auftretens kann auch auf seine Fähigkeit, an seinen eigenen Auffassungen festzuhalten und eben diese Bürger zu verspotten, zurückgeführt werden. War er gegen marokkanische Jungen? Aber nein, war seine Antwort, „ich gehe mit ihnen ins Bett“. Wollte er alle Ausländer aus dem Land heraus haben? Aber nein, er plädierte als einer der wenigen für eine Generalamnestie für Asylsuchende, die schon sehr lange in unserem Land auf die Bearbeitung ihres Antrages warten. Und er war sichtlich ein Außenseiter, wenn er – von einer Journalistin unangenehm befragt – diese ungestraft anschauen konnte, sie möge doch lieber kochen gehen. Diese Journalistin war nämlich für viele zu einer Verkörperung ‚Den Haags‘ geworden.

Sein Erfolg lässt sich nicht so sehr durch das ‚Sagen was man denkt‘ erklären, das in den Niederlanden anscheinend zur dominanten Kultur geworden ist, sondern vielmehr durch das ‚Stehen für das, was man sagt‘. Auch die Tatsache ist von Bedeutung, dass er immer wieder in Form und Inhalt Abstand von jenem Kreis an Politikern, Beamten und Journalisten hielt, der von vielen Bürgern als eine große Familie betrachtet wird, die das Land regiert.

Politik heißt Entscheidungen zu treffen. Nicht jede Meinung der Bürger verdient es, in Politik umgesetzt zu werden. Nicht jede Emotion darf unwidersprochen bleiben. Wer Angst vor der Stimme des Volkes hat, darf nicht in die Politik gehen – schließlich wirbt man um Unterstützung für Ideen, um Macht für die Verwirklichung von Idealen. Es ist in einer hoch-technologischen Gesellschaft mit einer enormen internationalen Dynamik nicht leicht, zusammenhängende innenpolitische Konzepte zu entwickeln. Und es stimmt, so spannend die Informationsgesellschaft auch für die an ihr Teilhabenden ist: Menschen leben nicht auf einer Website. Was im Deutschen so schön mit dem Begriff ‚Modernisierungsverlierer‘ bezeichnet wird, umfasst womöglich einen größeren Teil der Bevölkerung, als es uns die Ideologen des ‚schneller und moderner‘ glauben machen wollen. Die Menschen, die in einer Welt der gesteigerten Produktivität nicht mitkommen, ihre Stelle verlieren und oft auf Formen von subventionierter Arbeit angewiesen sind, verlangen nach einem Halt, den die Politik immer weniger zu bieten scheint.

Es ist in der Tat nicht einfach, eine neue Balance zwischen dem Freiraum für eigene Abwägungen und einem wirksamen gemeinschaftlichen Schutz zu finden. Diese Komplexität ist allerdings keinesfalls eine Entschuldigung dafür, den Populismus zum Regierungsmodell zu erheben und jeden unpopulären aber durchdachten Ansatz als Regententum abzutun.

Es gibt Gesellschaftskonzepte, die der multikulturellen Realität gerecht werden und doch einen besseren Umgang zwischen den Allochthonen und den Autochthonen ermöglichen. *Es geht nicht um die Wahl zwischen ‚wir‘ oder ‚sie‘!* Wir können hochwertige öffentliche Dienstleistungen organisieren, wenn wir ernsthaften Reformen nicht aus dem Wege gehen. *Es geht nicht um eine Wahl zwischen Markt oder Bürokratie!* Und ohne mit Blick auf das Regieren in zentra-

listische Schaubild-Modelle zu verfallen, ist es möglich, der Entwicklung einer Gesellschaft in einem sorgfältigen Dialog doch eine Linie zu geben, Führung zu verleihen. *Es gibt noch etwas zwischen einer autoritären Regierung von oben nach unten und dem Wunschkonzert des aktuellen Populismus!*

Es ist so, wie Klaus Harpprecht in seinem glänzenden Abschiedsbrief an den abgetretenen Bundeskanzler Willy Brandt schrieb: „Machtausübung, sei sie noch so brillant, genügt nicht. Politik bleibt ein geistiger Auftrag, wenn sie etwas taugen soll, und ein menschlicher.“

Die Politik darf sich nicht in eine Rolle sperren lassen, in der sie nur laut das wiedergibt, was die anderen vermutlich denken. Darum gilt, ob der Wind nun von hinten oder von vorne kommt, noch immer das Bibelwort, mit dem Joop den Uyl damals sein Kabinett in der Zweiten Kammer vorstellte: *Es weht kein Wind für den, der den Hafen nicht kennt, in den er fährt...*